

Protokoll

## **26. Sitzung der Arbeitsgruppe Altstadtentwicklung**

### **Öffentlicher Teil**

Ort: Sitzungssaal Haus Bachem

Zeit: Dienstag, 5. September 2017, 17:00 – 18:35 Uhr (öffentlicher Teil)

Moderation: Herr Krämer

Teilnehmer:

#### Politik

Herr Bungarz, CDU

Herr Gasper, CDU

Herr Gola, FDP

Herr Dr. Griese, CDU

Herr Hirzel, SPD

Herr Kassner, CDU

Herr Landsberg, KöWI

Frau Owczarczak, GAK

Herr Rüscher, FDP

Herr Schlegel, FDP

Herr Wagner, KöWI

#### AMP

Frau Ries

Herr Rothe

#### WWG

Herr Dr. Pätz

#### Verwaltung

Herr Krämer, Technischer Dezernent

Frau Geider, Leiterin Planen und Bauen

Herr Braunsteiner, Stadtplanung

sowie bis zu fünf Zuschauer.

Herr Krämer begrüßt die Anwesenden und stellt den Tagesordnungsvorschlag der Verwaltung vor. Herr Rothe schlägt vor, den TOP „Arbeitsergebnisse AMP-Gruppe“ vorzuziehen. Es wird vereinbart, dass Herr Rothe die Ideen der AMP-Gruppe zur Rheinallee im Rahmen von TOP 1 vorstellt.

### **TOP 1 Umgestaltung Rheinallee**

Herr Koch stellt die von einem Planungsbüro erarbeiteten konzeptionellen Ideen für die Umgestaltung der Rheinallee vor. Die Ideen von AMP und einer Studentin, die in ihrer Masterarbeit die Rheinallee thematisiert hat, wurden dem Büro vorab zur Verfügung gestellt und teilweise einbezogen.

Er erläutert, dass insbesondere die Situation im Bereich des Fähranlegers und der Stadtbahnstation „Königswinter Fähre“ problematisch sei, da dort nur wenig Raum zur Abwicklung der Verkehrsströme der verschiedenen Verkehrsteilnehmer vorhanden ist. Er stellt verschiedene Lösungsoptionen für diesen Bereich vor. Eine Auskragung westlich des Bahnsteigs wäre theoretisch denkbar, hätte jedoch zur Folge, dass die Aufstellflächen für die wartenden Fahrzeuge am Fähranleger verkleinert würden und die erforderlichen Schleppkurven für Lkw und Busse ggf. nicht mehr eingehalten werden könnten. Ggf. kommt eine Teilauskragung in Frage. Herr Koch weist darauf hin, dass die ERA (Empfehlungen für Radverkehrsanlagen) zu berücksichtigen sind, auch aufgrund der Anforderungen des Fördergebers. Frau Geider legt dar, dass die Stadtverwaltung – abhängig von der weiteren Vorgehensweise und der Beschlussfassung im PUA – für Ende September einen Bürgerworkshop plant; dabei können die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen konzeptionellen Ideen für die Rheinallee entwickeln und an der Planung mitwirken.

Im Rahmen der Diskussion schlagen die Arbeitsgruppenteilnehmer insbesondere die folgenden Punkte vor; die jeweils vereinbarte weitere Vorgehensweise bzw. die sich daraus ergebenden Aufgaben folgen jeweils in kursiver Schrift.

- Anstelle der geneigten Mauer am Fähranleger könnte eine senkrechte Mauer angelegt werden, um Platz zu gewinnen. → *Wird bei der weiteren Planung geprüft.*
- Der Fähranleger könnte nach Süden verlegt werden (z. B. auf Höhe Steinmetzstraße), um die Verkehrssituation zu entzerren. → *Die Verwaltung wird die Rahmenbedingungen und die zu erwartenden Kosten skizzieren.*
- Um die Aufstellflächen verringern bzw. darauf verzichten zu können, könnte der Verkehr an der Lichtsignalanlage auf der Rheinallee zurückgehalten werden. → *Die Verwaltung wird Verkehrszählungen veranlassen, um die Erforderlichkeit der Aufstellflächen am Fähranleger sowie die Verlagerung der wartenden Fahrzeuge in die Rheinallee zu prüfen.*
- Nördlich der Einmündung Steinmetzstraße könnte eine alternative Radverkehrsführung abseits der Rheinallee vorgesehen werden. → *Wird bei der weiteren Planung geprüft.*
- Es solle angedacht werden, ob die Beibehaltung des Trennungsprinzips noch zeitgemäß sei; der Verkehrsrückgang auf der Rheinallee durch den geplanten Bau der Ersatzstraße müsse berücksichtigt werden. → *Der Verkehrsrückgang ist bereits berücksichtigt. In der bisherigen Planung wurde das Trennungsprinzip u. a. aufgrund der eingleisigen Stadtbahnstrecke im Zweirichtungsbetrieb beibehalten; dies kann aber im Rahmen der weiteren Planung diskutiert werden.*
- Für entfallende Bäume sollen Ersatzpflanzungen erfolgen. → *Ist vorgesehen.*
- Die Parkplätze östlich der Haltestelle Fähre könnten entfallen; die dadurch freiwerdende Fläche könnte zur Entflechtung der Verkehrsströme genutzt werden (Verlegung von Schienen und Fahrbahn). → *Wird bei der weiteren Planung geprüft; es ist allerdings mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. Es besteht überdies eine Zweckbindungsfrist für den Bahnsteig der Haltestelle Königswinter Fähre; bei einer Verlegung der Schienen und des Bahnsteiges wären hier Fördergelder zurückzuzahlen.*

Herr Krämer weist darauf hin, dass Änderungen der Fahrbahn auch Änderungen an der Gleisstrasse der Stadtwerke Bonn bedingen; dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die Kosten und die Zeitschiene.

Es wird diskutiert, ob die weiteren Planungen auf Grundlage der vorliegenden konzeptionellen Überlegungen erarbeitet werden sollen oder ob im Rahmen eines Wettbewerbes weitere Lösungen entwickelt werden sollen.

Frau Geider und Herr Krämer weisen darauf hin, dass beides grundsätzlich möglich und politisch zu entscheiden sei. Allerdings sei die Durchführung eines Wettbewerbes in der mit der Politik abgestimmten Vorgehensweise nicht vorgesehen gewesen und würde die bisherige Zeitplanung obsolet machen. Bislang war vorgesehen und mit der Politik abgestimmt, dass bis zum Jahresende 2017 kurzfristig eine Entwurfsplanung und eine Kostenberechnung erstellt werden soll. Dies ist die zwingende Voraussetzung, um rechtzeitig (Ende 2017) einen Förderantrag bei der Bezirksregierung einreichen zu können. Dieser Förderantrag ist die Grundlage nicht nur zur Umgestaltung der Rheinallee, sondern auch zur Förderung der übrigen IHK-Maßnahmen.

Der Abbruch der bisherigen Planungen und die Durchführung eines Wettbewerbs für die Rheinallee hätten also voraussichtlich zur Folge, dass für die Rheinallee und die übrigen IHK-Maßnahmen nicht mit Fördergeldern für 2018 zu rechnen sei. (Ein Förderantrag nur für die übrigen Maßnahmen würde nach bisheriger Auskunft der Bezirksregierung nicht akzeptiert werden.) Inwieweit eine Förderung in den darauffolgenden Jahren möglich sei, sei nicht

realistisch einzuschätzen. Im Übrigen sei jedoch auch bei pünktlicher Abgabe des Förderantrags für die Rheinallee bis Ende 2017 nicht sichergestellt, dass tatsächlich Fördermittel für 2018 bewilligt werden.

Herr Krämer fasst zusammen, dass es im Ergebnis die folgenden beiden Optionen gibt:

- A) Fortführung der Planung auf Grundlage der bisherigen konzeptionellen Ideen; Einreichung des Förderantrages bis Ende 2017 → Möglichkeit für Fördergelder im Jahre 2018.
- B) Stopp der bisherigen Planung; Durchführung eines Wettbewerbes; Erarbeitung von Planungen auf Grundlage der Wettbewerbsergebnisse → unkalkulierbare Zeitschiebe, voraussichtlich keine Fördergelder im Jahre 2018.

In der Diskussion wird u. a. vorgeschlagen, die hinsichtlich der Verkehrssicherheit prioritären Teilmaßnahmen kurzfristig umzusetzen und mittel- bis langfristig ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und umzusetzen. Frau Geider erklärt, dass der Fördermittelgeber die Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzeptes mit einer einheitlichen Gestaltung erwartet.

Im Ergebnis wird vereinbart, dass die Stadtverwaltung versuchen wird, mit der Bezirksregierung kurzfristig die folgenden Gesichtspunkte zu klären und über die Ergebnisse im PUA zu berichten:

- Kann die Bezirksregierung – entgegen der bisherigen Aussagen – auch einen Förderantrag ohne investive Maßnahmen (d. h. ohne die Rheinallee) für 2018 bewilligen?
- Sind die Kosten für einen etwaigen Wettbewerb zur Rheinallee im Nachgang förderfähig?
- Wann könnten Informationen über die Bewilligung von Projekten für 2018 vorliegen?
- Wäre eine Aufteilung der Maßnahme Rheinallee in eine erste, kurzfristig umzusetzende Teilmaßnahme (insbesondere Verbreiterung des Radweges bzw. Neuordnung des Radverkehrs in einem Teilbereich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit) und in eine mittelfristig im Rahmen eines Wettbewerbes zu erarbeitende und umzusetzende Gesamtkonzeption förderfähig?

Anschließend stellt Herr Rothe die Ideen der AMP-Gruppe für die Rheinallee und das Rheinufer vor. (Die Präsentation von Herrn Rothe wurde als Anlage 3 zur Sitzungsvorlage Nr. 233/2017 abgedruckt und kann im Ratsinformationssystem abgerufen werden.)

Herr Rothe erklärt, dass AMP bereit sei, bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer Bürgerwerkstatt zur Rheinallee mitzuwirken. Aus seiner Sicht sollten zuerst die Anregungen der Bürger eingeholt werden; erst danach solle eine Planung ausgearbeitet werden.

Herr Krämer entgegnet dazu, dass es bestimmte Rahmenbedingungen für die Planung und die Fördersituation gebe, die auch mehrfach mit AMP erörtert worden seien. Aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen und zeitlichen Abhängigkeiten sei von der Politik eine andere Vorgehensweise bei der Planung der Rheinallee vereinbart worden. Die Vorschläge von AMP seien der Politik bekannt. Es sei nicht hilfreich, dass AMP die vereinbarten Rahmenbedingungen und Vorgehensweisen immer wieder neu in Frage stelle. Dieser Sichtweise wird sowohl durch Herrn Gasper als auch durch Herrn Wagner widersprochen.

Im Rahmen einer Abstimmung wird beschlossen, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit die verbleibenden Tagesordnungspunkte für den öffentlichen Sitzungsteil zu vertagen und den nichtöffentlichen Sitzungsteil aufzurufen. (Abstimmungsergebnis: angenommen bei einer Gegenstimme KöWI). Die verbleibenden Tagesordnungspunkte werden daher vertagt.

Aufgestellt am 7. September 2017  
Ergänzt am 26. Oktober 2017

Braunsteiner